

Wahlzeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Verpflichtet monatlich am Bestimmung, am Sonntag als Feiertag. Die Bezugs-Gebühren betragen in Etat und nach dem Ende des Post bei freier Zahlung monatlich M. 25.00, in den Postgebühren abgeteilt M. 24.00 monatlich. Die abgesetzten Ringel- und Millimeter-Zeile kostet im Oktoberzeit M. 2.50, im ausserordentlichen Oktoberzeit M. 3.00, die Millimeter-Zeile M. 8.00 im Oktoberzeit und M. 10.00 im ausserordentlichen Oktoberzeit. Ringel- und Millimeter-Zeile ohne die Verrechnung.

Verpflichtet monatlich am Bestimmung, am Sonntag als Feiertag. Die Bezugs-Gebühren betragen in Etat und nach dem Ende des Post bei freier Zahlung monatlich M. 25.00, in den Postgebühren abgeteilt M. 24.00 monatlich. Die abgesetzten Ringel- und Millimeter-Zeile kostet im Oktoberzeit M. 2.50, im ausserordentlichen Oktoberzeit M. 3.00, die Millimeter-Zeile M. 8.00 im Oktoberzeit und M. 10.00 im ausserordentlichen Oktoberzeit. Ringel- und Millimeter-Zeile ohne die Verrechnung.

Der Schutz der Republik.

Erklärungen der Parteien im Reichstag. — Bayern als Außenleiter. — Blutige Ereignisse in Zwickau und Sommerfeldberg. — Neuer polnischer Terror.

Berlin, 5. Juli.

Die zweite der großen Fragen auf innerpolitischem Gebiet, die Erledigung des Gesetzes zum Schutze der Republik, ist doch bedeutender als die über die Getreideumlage, stand gestern im Reichstage im Anfangsstadium der parlamentarischen Verhandlung. Die Parteien hatten in den vorgangegangenen zwölf Stunden schnell fördernde und ernste Sozialarbeit geleistet, indem sie sich auf Grund des ihnen vorliegenden eben erst aus dem Reichstag zugegangenen Wortlautes des Gesetzes über ihre Stellungnahme im einzelnen klar zu werden versucht hatten, im besonderen aber auch darüber, welche Ergänzungs- und Verbesserungsvorschläge sie gegebenenfalls zu stellen hätten. Man kann wohl sagen, daß auf allen Seiten das Bestreben zutage trat, eine unnötige weitere Aufspaltung der Gesamtfrage zu vermeiden. Auch bei der Regierung wurde dieser Wunsch sichtbar. Reichsminister Dr. Brücker, der das Gesetz mit einer kurzen Eingangsrede begleitete, erklärte ausdrücklich, daß man über Einzelheiten noch miteinander verhandeln könnte, fügte aber allerdings hinzu, daß das Kabinett mit dem Gesetz stehen und falle. Im übrigen machte er das hohe Haus berechtigterweise zu größter Eile. Die Erklärungen der Parteien waren insgesamt auf den Ton abgefaßt: wir sind bereit, im Ausmaß positiver Mitarbeit zu leisten. In diesem Sinne äußerte sich der Mehrheitsfraktion Silberstein und der Zentrumsdemokrat Dr. Weill, der aber Einzelheiten des Gesetzes bemerkenswerte scharfe Vorbehalte anknüpfte. Reichsminister Brücker, welcher den Reichstag anleitete, erklärte, daß die Regierung bereit sei, die dem Reichstag abgabenden Dr. Brücker'schen Vorschläge in dem Reichstag abzugeben. Die Dr. Brücker'schen Vorschläge sind eines ihrer ernsthaftesten und tüchtigsten Mitglieder, den Abg. Düringer vor. Es erwies sich, daß dieser Sachverhalt erfolgreich war; kaum ein anderer aus der Fraktion wäre wohl zu Ende geführt worden. Denn selbst gegenüber der Abg. Düringer tönte sich kommunikativer Kontakt beim Abg. Silberstein aus. Die „Genossen“ des Tages war die Rede des Abg. Stresemann, dessen unerwartetes Wiedererscheinen in einer Stunde parlamentarischer Hochspannung schon am Tage zuvor allgemein bemerkt worden war, und dessen Rede erfreulicherweise einen anderen Ton anknüpfte, als man in letzter Zeit von dem Abg. Stresemann gewohnt war. Wiederholte begab sich Stresemann auf die Erklärungen Brücker's mit der Bemerkung, daß die Deutsche Volkspartei ganz ähnlicher Auffassung sei. Im übrigen registrierte auch die Bedenken, die er und seine Fraktion gegen gewisse Teile des Entwurfes hege. Aber darüber wird man sich, wie gesagt, noch des näheren im Ausschuss unterhalten, und hoffentlich in derselben zügigen Art und Weise wie gestern im Plenum.

Abg. Silberstein (Soz.) erklärt, daß seine Partei zum tatkräftigen Mitarbeiten bereit ist. Abg. Dr. Weill (Ztr.) weist auf die drückende Notlage des Volkes hin, die der Reichstag zu beseitigen hat. Nach dem verfassungswidrigen Verbot an Reichsminister Rathenau müßten auch die sonst am ruhigen denkenden Kreise der Arbeiterklasse kommen. Bis hierher und nicht weiter! Wir sind bereit, uns auf den Boden dieser Gesetzesvorlage zu stellen. Kleine Mittel helfen nicht, angesichts der ungeheuren Gefahr, die durch Minderzentralen dem deutschen Volke drohen. Zu einem Ausnahmegesetz werden wir aber niemals unsere Hand bieten.

Abg. Dr. Peterzen (Dem.) gibt im Namen der demokratischen Fraktion folgende Erklärung ab: Minderheits der fürchtbaren Gewalttaten und des Mordes, in den maßlose Verleumdungen und Verhöhnungen gegen die Reichsregierung und die künftige Verwirklichung der deutschen Republik und ihre Führer unserer Staat gebracht haben, sind wir der Meinung, daß alle, denen es ernst mit dem Wohl des deutschen Volkes ist, alle Kräfte einlegen müssen, die verfassungsmäßige demokratische deutsche Republik, den Staat, in dessen Schicksal obvin der Wiederaufbau des Vaterlandes möglich ist, zu schützen und zu festigen. Wir sind daher gewillt, die beste Zeit dieser Erregung und Bedrohung dem Staate diejenige Mittel in die Hand zu geben, deren es zur Abwehr aller Anschläge auf seinen Bestand, seine verfassungsmäßige Gestalt, seine Ehre und die der Anschläge auf Leben und Ehre seiner Führer bedarf. Verbrechen der Art, wie wir sie nun mit strafrechtlichen Mitteln treffen müssen, kannte die deutsche Geschichte bisher nicht in der Häufigkeit und Gefährlichkeit dieser Zeit. Wenn hieraus die Notwendigkeit neuer, bisher nicht vorgesehener Strafbestimmungen folgt, so kann daraus niemand den Vorwurf ableiten, daß ein Ausnahmegesetz gegen einzelne Volksteile oder politische Richtungen geschaffen werde. Es handelt sich vielmehr um nichts anderes, als die leider notwendig gewordene Ergänzung unseres Strafrechts mit gleicher Geltung für alle Volksteile. Gewalt gegen Gewalt, Strafe gegen Auflehnung und Bedrohung, gegenüber miltäterter Feindschaft oder Erziehung und Führung. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Düringer (Dn.) Dieses Gesetz richtet sich einseitig gegen rechts. Die Bestimmungen sind in der uns zur Verfügung stehenden Kürze der Zeit in ihrer Tragweite gar nicht auszudefiniert. Ich und alle, die mit mir auf dem Boden der Verfassung stehen, müssen dafür sorgen, daß das Gesetz in dieser Form abgelehnt wird. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Stresemann (D. Wp.) Wir gehen an den Gesetzentwurf heran mit der Bereitschaft, an ihm mitzusarbeiten und ihn zur Verwirklichung zu bringen. Wir anerkennen das Recht des Reichstages der Beratung und ihrer Repräsentanten. Daß die rote Fraktion ausbleiben kann, andere aber nicht, ist mit der Verfassung der Republik nicht in Einklang zu bringen. Die alte Reichsversammlung ist uns nie das Symbol der Partei gewesen, sondern sie war uns das Symbol für den Wohlstand der geschichtlichen Kampfe um Deutschlands Einheit. Aber wir sind durchaus damit einverstanden, daß die heutige Reichsversammlung durch die Reichsversammlung. Viele von uns kommen die schmerzhaftigste Aufgabe als Vorkämpfer und auch aus der Geschichte. Diese Aufgabe zu beschließen, sie herabzusetzen, liegt keine Verantwortung vor, auch nicht für diejenigen, die sie nicht beabsichtigen, das nicht bei der alten Reichsversammlung geschah. Auch der Auffassung von der Notwendigkeit des Schutzes der Repräsentanten der Republik und ihrer Einrichtungen können wir durchaus zustimmen. Die Bestimmungen des Reichspräsidenten in München sind durchaus zu beabsichtigen. Der Reichspräsident sollte über den Parteien stehen. Das Gesetz heißt die allerhöchsten Strafen vor. Auch diejenigen, die sonst grundsätzlich gegen die Todesstrafe waren, haben hier grundsätzlich eingestimmt. Mit dieser Ergänzung muß ich zustimmen, daß man sich bisher nicht abgeben wollte, nach dem Geschehenen schuldlos nicht, daß es

in Deutschland Widerorganisations gibt, deren Ausrottung geboten erscheint, gleichgültig, ob sich die Tat gegen Minister oder gegen irgendwelche andere Personen richtet. (Sehr richtig.) Wir kommen nicht zum inneren Frieden in Deutschland, wenn wir den einzelnen die Anklage auszusprechen ist, welche Staatsform ein jeder für die bessere hält, sondern kommen nur dann zum Ziel, wenn wir alle diejenigen als verfassungstreu anerkennen, die bereit sind, an der nun einmal gegebenen Staatsform mitzuarbeiten. Es ist unerschwinglich, diejenigen, die heute Träger des Staates sind — das sage ich trotz des Widerspruches der äußersten Rechten — für unser Elend verantwortlich zu machen. Es hat sich in Deutschland in ganz erschreckender Weise eine Stimmung breit gemacht, die gar zu sehr geeignet ist, ihren Namen nach und die Verbreitung über unter Los einer einzelnen Person in die Schande zu führen und sie mit allen Mitteln

zu bekämpfen. Das ist eine Vergiftung des politischen Kampfes, die uns schließlich der Persönlichkeiten berauben wird, die allein imstande sind, uns unter jeder Not herauszuheben. (Sehr richtig.) (Zustimmung in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.) Wir müssen, daß auf unabsehbare Zeit hinaus der Wiederaufbau unseres Vaterlandes nur auf dem Boden der heutigen Verfassung möglich ist, dazu umbringen wir den ersten Willen zur Mitarbeit mit.

Abg. Dr. Leicht (Bay. Wp.) fordert Beibehaltung der Bestimmungen über die Ausweisung ehemals landbesitzender Familien.

Damit ist die erste Lesung beendet. Die Vorlagen gehen an den Reichsausschuss. Donnerstag 2 Uhr Interpellationen gegen antirepublikanische Rundgebungen. Gesamtsitzung über das Ausführungsgesetz zu Art. 18 der Verfassung, Disziplinalgesetz für die Reichswehr.

Bayern gegen das Schußgesetz.

Berlin, 6. Juli. Wie wir von unabhängiger Seite erfahren hat die bayerische Regierung den Beschluß gefaßt, das Gesetz zum Schutze der Republik nicht anzuerkennen und gleichfalls nicht zu ratifizieren. In Bayern sollen die Bestimmungen des Gesetzes nicht durchzuführen werden. Man ist sich in Berlin darüber klar, daß dies unbedingt zu großen Konflikten mit dem Reich führen werde, geht diesen Konflikten jedoch nicht aus dem Wege. Die Parteien des bayerischen Landtages setzen größtenteils hinter der bayerischen Regierung.

Blutige Zusammenstöße in Zwickau.

Zwickau, 5. Juli. Nach dem Demonstrationsszug am Dienstag nachmittag kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern, vornehmlich Jugendlichen, und Spionagemitteln. Die Hauptpolizeiwache am Markt wurde gestürmt, die Polizei entmannt, die Polizeistation zerstört, zum Teil auf die Straße geworfen. Die gesamte bayerische Polizei ist entmannt. Gegen Abend zeigten sich die Kämpfe vor der Kaserne fort, wo sich heute früh gegen 5 Uhr nochmals ein blutiger Zusammenstoß ereignete.

Blutige Zusammenstöße in Zwickau.

Zwickau, 5. Juli. Nach dem Demonstrationsszug am Dienstag nachmittag kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern, vornehmlich Jugendlichen, und Spionagemitteln. Die Hauptpolizeiwache am Markt wurde gestürmt, die Polizei entmannt, die Polizeistation zerstört, zum Teil auf die Straße geworfen. Die gesamte bayerische Polizei ist entmannt. Gegen Abend zeigten sich die Kämpfe vor der Kaserne fort, wo sich heute früh gegen 5 Uhr nochmals ein blutiger Zusammenstoß ereignete.

Pflünderung von Schloss Gneisenau.

Am 13. Juli. Auf dem idyllischen Gut des Grafen von Gneisenau wütete der wilde Terror. Tausende von Arbeitern aus der ganzen Umgebung haben sich aufgemacht, die Schätze zu plündern, so daß die Beschlagnahmungen feierlich wurden. Am Dienstagabend traf ein dröhnender Silberzug der Arbeiter des Mittelzuges ein, die dringend um Verpflegung baten, da außer dem Gutsbesitzer nur zwei zum Feldbau abkommandierte Schupoabente am Ende waren, und einer davon bereits einen Schlag in den Oberarm erhalten hatte. Die Demonstranten hatten am Dienstag nachmittag im Dorfe Sommerfeldberg die schwarz-weiß-roten Fahnen gehisst und waren dann auf das Rittergut aufgebrochen. Dort jerrichteten sie die beiden Tore und drangen auf den großen Hof ein. Mittlerweile von Rothenberg, der Administrateur des an eine Gesellschaft verpachteten gräflichen Gneisenauer Rittergutes, trat den Eindringlingen entgegen, wollte sich aber nicht an Verhandlungen beteiligen lassen. Er wurde bereits am Dienstagabend verhaftet und in der Nacht in ein Missetat mit von den Arbeitern totgeschlagen. Die von Rothenberg angeordnete Schupoabente mit Kaliburn an, wurde sofort entmannt und abgehauen. Der Waffenschein, ein Mannschutze, Büchsen und Handgranaten, befand sich in der Kaserne, nur einen Teil brachte der Amtsvorsteher in Sicherheit. Die Schupoabente die ganze Nacht an. Die Arbeiter sind am nächsten Tag mit Mitteln zu machen beauftragt. Außer dem Mittlerweile von Rothenberg ist auch der Feldbesitzer gefallen. Gerüchte belagern, daß auch auf die Frau Administrateur von Rothenberg gefaßt werde, ihre Kinder leben in Sicherheit gebracht worden. Die Arbeiter haben drei Tore an dem Missetat mit von den Arbeitern totgeschlagen. Die von Rothenberg angeordnete Schupoabente mit Kaliburn an, wurde sofort entmannt und abgehauen. Der Waffenschein, ein Mannschutze, Büchsen und Handgranaten, befand sich in der Kaserne, nur einen Teil brachte der Amtsvorsteher in Sicherheit. Die Schupoabente die ganze Nacht an. Die Arbeiter sind am nächsten Tag mit Mitteln zu machen beauftragt.

Wo bleiben der Kaiser und der Kronprinz? So fragt die volksparteiliche „Königliche Zeitung“ aus Anlaß der Notizen aus Nordsee, zu dem beunruhigenden Nachrichten der ganzen Welt, aber keine solchen des früheren Kaisers und Kronprinzen bekannt geworden sind.

Heutiger Stand des Dollars 454.

